Werk

Titel: Herr Professor Nasse als Kritiker

Autor: Nasse, E.

Ort: Jena

Jahr: 1886

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?345616359_0046|log84

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

III.

Herr Professor Nasse als Kritiker. Ein Referat für die Dortmunder Handelskammer erstattet von ihrem Sekretär E. Bernhardi, Oberlehrer a. D.

Besprochen von E. Nasse.

Auf mein Referat über die „Beiträge zur Währungsfrage auf Veranlassung der Handelskammer zu Dortmund herausgegeben von deren Sekretär Ernst Bernhardi" hat der Herausgeber mit dieser Brochüre geantwortet. Obschon nun in der Regel einem Referenten nicht zugemutet werden kann, auf die Repliken eines ungünstig rezensierten Schriftstellers zu antworten und obwohl ich Herrn Bernhardi in dem Tone, in den er an verschiedenen Stellen verfällt, nicht folgen kann und mag, will ich in diesem Fall doch eine Antwort nicht unterlassen. In dem Wunsche ein kurzes Referat zu schreiben, wie es der Bedeutung der rezensierten Schrift und den Bedürfnissen dieser Zeitschrift entsprach, habe ich unterlassen mein Urteil durch Belegstellen hinlänglich zu begründen. Da nun Herr Bernhardi sich über unwahre und unlautere Berichterstattung beklagt, so will ich das nachholen, soweit es möglich ist, ohne den hier verfügbaren Raum zu sehr zu überschreiten.

Ich hatte der Eingabe der Dortmunder Handelskammer vor allem zwei Vorwürfe gemacht, deren Berechtigung Herr Bernhardi in Abrede stellt. Erstens, daß sie die Funktion des Geldes als internationales Zahlungsmittel nicht beachte und in dieser Beziehung Grundsätze aufstelle, die in konsequenter Durchführung zum Papiergeld führen müßten.

Aufs deutlichste wird in der Eingabe ausgesprochen, es sei die Aufgabe des Staats, die Menge des im Lande zirkulierenden Geldes unabhängig vom internationalen Verkehr zu regeln. Darum soll nicht auf Privatrechnung geprägt werden, denn der Staat würde sich damit „eines wichtigen Hoheitsrechtes begeben und es in das Belieben jeder Interessenkoalition stellen, ihn mit ungemessenen Barmitteln zu überschütten." Darum soll andererseits der Übelstand beseitigt werden, daß das Großkapital jetzt die ihm unbequeme Geldmasse gar leicht als Gold ins Ausland werfen könne. Der Staat hat „die Menge der Umlaufsmittel und damit einen Hauptfaktor der Preisbildung und namentlich des Preises der Arbeit selbständig zu regulieren".

Natürlicher Weise soll diese Regulierung so erfolgen, daß die Menge des in Deutschland umlaufenden Geldes vermehrt wird. „Größere und weniger exportable Münzbestände thun uns not."

Für viele Leser wird es keiner weiteren Ausführung bedürfen, daß damit die Bedeutung des Geldes als internationales Zahlungsmittel zu dienen, völlig verkannt wird. Es sei indes daran erinnert, daß der Vorrat an Hauptmünzen, den ein Land besitzt, nicht nur bestimmt ist, der inländischen Zirkulation zu dienen, sondern daß aus demselben mitunter auch internationale Zahlungen geleistet werden müssen und daß nur, wenn das Geld eines Landes auch für diesen Zweck verwendet werden kann,

die Erhaltung seines Wertes gegenüber fremden Währungen gesichert ist. Die von der Dortmunder Handelskammer getadelte Exportabilität der Hauptmünzen ist das Hauptkennzeichen eines sichern, soliden Münzwesens, das einzige Sicherungsmittel, dafs der Stand aller Geldpreise im Inlande nicht durch Überspekulation und übermäfsige Anspannung des Kredits über den allgemeinen Preisstand hinausgetrieben wird und dadurch schädliche Krisen entstehen. Ebenso gewährt die unbeschränkte Ausprägung des Währungsmetalls in Hauptmünzen eines Landes gegen eine mäfsige Münzgebühr oder ohne Entgelt die beste Garantie, dafs es einem Lande an den für den inländischen Verkehr erforderlichen Hauptmünzen nicht fehlen wird. Denn wir haben kein anderes sicheres Merkmal für das Bedürfnis des Verkehrs an Münzen, als das Verhältnis ihres Wertes zu dem rohen, edlen Metall. Sowie das edle Metall in Münzform wertvoller wird, als in roher Gestalt, ist das ein Zeichen, dafs ein Bedürfnis nach Vermehrung der betreffenden Münzen besteht und es ist demgemäß wünschenswert, dafs diesem Bedürfnis durch Prägung abgeholfen wird. Keine Bank- oder Finanzkraft aber ist mächtig genug, das Bedürfnis künstlich zu schaffen und keine wird es vorteilhaft finden, „ein Land mit ungemessenen Barmitteln zu überschütten", wenn kein Bedürfnis darnach vorhanden ist. Eine übermäfsige Zufuhr kann nur infolge politischer Vorgänge (Kriegskontribution), nicht aber durch den ungestörten privatwirtschaftlichen Verkehr geschehen. Natürlicherweise gelten diese Sätze ausschliefslich von den Hauptmünzen eines Landes, nicht von Zeichenmünzen.

In seiner neuen Broschüre versucht Herr Bernhardi aber doch den Beweis zu führen, dafs die Handelskammer weit entfernt gewesen sei, die Funktion des Geldes als internationales Zahlungsmittel zu verkennen. Er führt als Beleg aus seiner ersten, die Anträge der Handelskammer erläuternden Broschüre einige Sätze an, die aber nur die von uns gerügte Konfusion der Vorstellungen bestätigen. So vor allem mit gesperrter Schrift den Satz: „Geld ist bis jetzt ein nationales Institut, die Goldwährung sowohl wie die freie Präge wollen ein internationales daraus machen. Darin liegt der Differenzpunkt der streitenden Parteien." Wie der Satz, der ausschliefslich die nationale Bedeutung des Geldes betont, dafür angeführt werden kann, dafs sein Urheber die internationale nicht verkennt, ist schlechterdings unerfindlich. Übrigens bestehen die hier erwähnten streitenden Parteien einerseits aus allen mono- und bimetallistischen Theoretikern in Übereinstimmung mit dem bisherigen Verfahren der ersten Kulturstaaten, andererseits aus der Dortmunder Handelskammer oder Herrn Oberlehrer Bernhardi und einigen Papiergeldtheoretikern. Denn die freie Prägung der Hauptmünzen des Landes besteht, wovon die Handelskammer und ihr Sekretär nichts zu wissen scheinen, bekanntlich schon lange in den Münzstätten Englands, Frankreichs, Belgiens, der Vereinigten Staaten, Niederlands u. s. w. und wird von den neueren Münztheoretikern als eine selbstverständliche Einrichtung behandelt. — Womöglich noch charakteristischer für diese Beweisführung ist aber ein anderer Satz, auf den Herr Bernhardi sich beruft: „Die Börse müfste dann das Gold, welches sie und sie ganz allein zu Zahlungen im Ausland braucht, bei der Bank al marco kaufen d. h. sie müfste für ihr Ex-

portgeld unter Umständen ein Agio bezahlen, welches die Kosten der Wiederbeschaffung deckte" d. h. das umlaufende Geld, die Hauptmünzen des Landes sollen unverwendbar sein für den Export, aber die Staatsregierung soll einen Goldvorrat halten, aus dem sie unter Umständen Gold dem Gewichte nach zu wechselndem Preise verkauft, das dann auch exportiert werden kann. Es ist das der Grundgedanke des bekannten Ricardo'schen Papiergeldprojektes (proposals for an economical and secure currency), den die Handelskammer, wie es scheint, ohne dasselbe zu kennen, entwickelt hat. Deutlicher vermag man aber doch nicht zu erklären, dafs die umlaufenden Münzen des Landes für den Export nicht verwendbar sein sollen und dafs man mit dem Golde als einer Ware von wechselndem Preise die internationalen Zahlungsverpflichtungen decken will. Ebenso beweisen die andern Stellen nichts gegen unsere Kritik. Es ist eben, wie jeder einsehen wird, schlechterdings unmöglich, zugleich die umlaufende Geldmenge unabhängig vom internationalen Verkehr zu fixieren und doch ihre Vermehrung und Verminderung durch internationale Zahlungen zu gestatten. Aber dennoch schreibt Herr Bernhardi wörtlich: „Wir glauben, deutlicher und präziser kann man kaum seiner Beachtung der internationalen Funktion des Geldes Ausdruck geben, als das an jeder dieser sechs Stellen" — von denen wir zwei angeführt haben — „geschehen ist", und erklärt, ich habe der Handelskammer „derb und dreist angedichtet, sie wolle nicht exportables Geld schaffen".

Die Vorschläge, welche die Handelskammer macht, sichern aber die Erreichung des erstrebten Ziels keineswegs. Nur durch die Einführung uneinlöslichen Papiergelds könnte auf die Dauer und mit Sicherheit bewirkt werden, dafs die Staatsregierung die Verfügung über die Menge des umlaufenden Geldes unabhängig vom internationalen Verkehr in der Hand behielte. In dem eben gegebenen Citat ist der Vorschlag des Berichts der Handelskammer im wesentlichen wiedergegeben. Er geht auf Ausgabe eines durch Goldmünzen vollgedeckten Staatspapiergeldes, welches „entweder gar nicht, oder nur gegen ein die Kosten des Rücktransportes sicherndes Agio" einzutauschen wäre. Die Gröfse dieses Goldschatzes soll nicht unter einer Milliarde betragen. Ein Goldschatz aber, der schlechterdings nicht verwendet werden dürfte, hätte auf den Wert des dafür ausgegebenen Papiergelds, auf die auswärtigen Wechselkurse und den Wert unseres Geldes keinen Einfluſs. Zu Zahlungen an das Ausland, die bei einer starken Vermehrung der umlaufenden Geldmenge rasch in grofsem Mafse notwendig werden würden, müfste man sich des Silbergeldes bedienen. Die Wechselkurse würden durch den Metallwert desselben reguliert werden und kein Mittel bestände, die Ausfuhr derselben zu hindern. Giebt aber der projektierte Reichsschatz Gold mit einem Agio ab, so wird man die Ausfuhr des Goldes vorziehen, so lange sie vorteilhafter ist, als die Ausfuhr des Silbers d. h. so lange das Agio kleiner ist, als die Differenz des im Handel bestehenden und im deutschen Gesetz angenommenen Wertverhältnisses von Gold und Silber. Immer aber würde ein Abfluſs von Gold oder Silber stattfinden, der an Gröfse ungefähr der gewünschten Vermehrung des Silbergelds in Inlande entspräche. Der Gedanke eines Agio, das den Rückfluſs des Goldes sichere, ist total unklar und unhaltbar. Ob eine einmal ausgeführte Quantität Goldes unter solchen Ver-

hältnissen später wieder zurückkehren würde, darauf hätten eine Menge von Umständen, ganz gewiss aber nicht das Agio Einfluſs, welches für das ausgeführte Metall bezahlt worden wäre.

Unser Vorwurf, die Konsequenz der von der Handelskammer aufgestellten Grundsätze und Forderungen müſste uneinlösliches Papiergeld sein, war also ganz berechtigt.

Herr Bernhardi hat aber noch einen Plan um den Abfluſs des Goldes zu verhüten, auf den er sich in seiner zweiten Broschüre besonders beruft. „So z. B.", sagt er S. 80 der ersten, S. 1 der zweiten Schrift, „würden die Konventionsstaaten voraussichtlich gern die gegenseitige Verpflichtung übernehmen, Goldmünzen eines andern Systems weder zur Umprägung in ihren Münzstätten, noch zur Deckung von Banknoten, noch als Zahlungsmittel gesetzlich zuzulassen. Dieser Konzession dürfte sich voraussichtlich auch England anschlieſsen, aber auch ohne das würde eine Erleichterung in dem allgemeinen Kampf ums Gold dadurch eintreten, daſs die geprägten Goldmünzen der verschiedenen Systeme weniger exportfähig würden."

Fürwahr ein wirksames und sinnreiches Mittel die internationale Bewegung des Metallgeldes zu hemmen! Weiſs denn Herr Bernhardi nicht, daſs beim Umprägen der Goldmünzen in fremde Münzen und auch bei ihrer Aufnahme in die fremden Banken zur Notendeckung schon jetzt nur das Gewicht derselben in Betracht kommt? Der Prozess des Umschmelzens aber eines bestimmten Gewichts von Gold von $\frac{9}{10}$ Feinheit aus aus der Form von 20 M.-Stücken in die Form von Barren gleicher Feinheit würde einen minimalen Aufwand erfordern und für den Zweck des Umprägens würde sogar ganz gleichgültig sein, ob dieser Prozeſs innerhalb oder auſserhalb der Münze vorgenommen würde. Wir hatten wegen seiner Bedeutungslosigkeit diesen Vorschlag in dem Referat gar nicht erwähnt, was Herrn Bernhardi veranlaſst hat, ihn zu wiederholen und uns wegen dieser Versäumnis die heftigsten Vorwürfe zu machen.

Der zweite Vorwurf gegen die rezensierte Schrift war die durchgehende Verwechslung von Geld und Kapital, gegen den Herr Bernhardi nicht minder heftig protestiert. Nun liegt der Schwerpunkt der ganzen Deduktion, welche die Handelskammer und Herr Bernhardi vorführen, in der Behauptung, daſs die Menge des umlaufenden Geldes das Angebot von Leihkapitalien und somit die Höhe des Zinsfuſses in einem Lande bedinge. Wenige Stellen werden genügen, das darzuthun. „Jedes Land", heiſst es S. 38 „hat ein ganz enormes Inseresse daran, die Bestimmung über die Menge dieses seines Münzumlaufes in der Hand zu behalten, denn von dem Quantum derselben werden nicht nur die Preise im Lande mitbestimmt, sondern es wird auch durch dasselbe die gesamte Geschäftsthätigheit sehr bedeutend beeinfluſst. Je mehr Bargeld in einem Lande um Anlage und Verzinsung werbend umläuft, desto billiger und desto leichter ist der Kredit, desto mehr Nötigung liegt für das neu verdiente oder ersparte und für das aus erledigten Unternehmungen wieder flüssig gewordene Kapital vor, auch an nicht pupillarisch sicheren Anlagen sich zu beteiligen. — Denn je weniger bares Geld im Lande umläuft, desto wählerischer und mächtiger ist das Leihkapital dem Arbeitsbedürfnis eines

Landes gegenüber. Zwischen einem zu grofsen Barumlauf, der das Kapital gefährdet, schädigt und Überproduktion auf allen Gebieten begünstigt und dem zu geringen Münzbestand, welcher dem garantierten Leihkapital einen viel zu grofsen Anteil an den Früchten der Volkswirtschaft zuweist, u. s. w. zu vermitteln ist eine der gröfsten und schwierigsten Aufgaben der Finanzpolitik.“ Der gröfste Teil der Schrift ist dann dem Versuch eines Nachweises gewidmet, dafs Landwirtschaft und Industrie bei uns infolge unseres Münzwesens und Geldmangels an der Notwendigkeit zu hohe Zinsen zahlen zu müssen, leiden. Die Eingabe der Handelskammer versteigt sich zu dem Satze: „Die völlige Demonetisierung des Silbers würde diese schlimme Lage des Arbeitsbedürfnisses arg verschärfen und die unbillige Thatsache verschlimmern, dafs bei uns auf Kosten der Steuerkraft dem sicheren Rentkapital ein Zinssatz staatlich garantiert wird, den z. B. der Landbau, der Kohlenbergbau und die Eisenindustrie für ihr arbeitendes und gelegentlich notleidendes Kapital schon lange gar nicht mehr kennt.“ So grofs die Unklarheit dieses Satzes insbesondere die Erwähnung einer staatlichen Zinsgarantie zu einer Zeit der Zinsherabsetzungen einerseits, der künstlichen Steigerung der Bodenrente und des Gewinns der grofsen Industriellen durch Schutzzölle u. s. w. andererseits auch ist, die Ansicht, dafs durch die Geldmenge der Zinsfufs bedingt werde, liegt doch klar zu Tage.

Es ist ja wahrscheinlich, dafs bei der Goldwährung und besonders bei dem Zustande des Geldwesens, wie dasselbe in Deutschland und Frankreich besteht, die Empfindlichkeit des Geldmarktes im engeren Sinne, d. h. des Marktes für Darlehen auf kurse Zeit an grofsen Börsen gröfser ist, als sie bei Silberwährung oder Papiergeldwirtschaft sein würde. Dieser Umstand hat wahrscheinlich zu dem Irrtum der Handelskammer Anlafs gegeben. Aber von der durch die verhältnismäfsig geringen Geldvorräte der Zentralbanken gesteigerten Reizbbarkeit des Geldmarktes sind die Angebotsverhältnisse des Leihkapitals im allgemeinen und der durchschnittliche Stand des Zinsfufses zu unterscheiden. Wer die letzteren auf die Menge baren Geldes in einem Lande zurückführt, verwechselt gründlich Kapital und Geld.

Herr Bernhardi beschuldigt uns noch ganz besonders in den stärksten und verletzendsten Ausdrücken an einer von uns citierten Stelle übersehen zu haben, dafs er Kapital und Geld wohl unterscheide. Die Stelle lautet wörtlich: „Es kann zu viel und zu wenig Geld in einem Lande sein. In diesem Fall stocken Handel, Wandel und Produktion, in jenem sind sie fieberhaft gesteigert. Aus dem geldarmen China wandern, wie bei uns, die Menschen aus, weil niemand ihre Arbeit bezahlt. Das an Kapital und Geld überreiche England mufs mit allen seinen Mitteln für seine, das Landesbedürfnis vielfach übersteigende Produktion Absatzgebiete in allen Ländern zu erzwingen suchen, wenn es nicht von sozialen Revolutionen bedrängt sein will.“ Ich hatte angenommen, hier seien die Worte Kapital und Geld als Synonyme gebraucht und der Zusammenhang berechtigte mich gewifs dazu. Denn nur von der Gröfse des Geldvorrats und der Notwendigkeit, sie von Staats wegen zu bestimmen, ist in der ganzen Ausführung die Rede. Der Geldreichtum Englands wird deutlich dem

Geldmangel Chinas gegenübergestellt. Herr Bernhardi aber behauptet die Worte „das an Kapital und Geld überreiche England" sollen heifsen „das früher an Geld, jetzt nur an Kapital" reiche England. In den letzten Jahren habe allerdings England mehr als 40 M. pro Kopf von seinem Geldvorrat verloren (!!), früher aber habe es zu viel Geld gehabt. Wir wollen die völlig unhaltbare Behauptung des früheren Überflusses an barem Geld in England, des Verlustes von c. 70 Millionen £ in 10 Jahren nicht beleuchten. Es genügt darauf hinzuweisen, wie diese Deutung der obigen Stelle schlechterdings unmöglich ist. Denn wenn Herr Bernhardi das sagen wollte, was er jetzt in seine Worte hinein interpretieren will, so hätte er den früheren Geldreichtum und die frühere Überproduktion Englands der chinesischen Geldarmut gegenüberstellen müssen. Der jetzige Kapitalreichtum Englands und die jetzige Überproduktion hätten mit der ganzen Frage nichts zu thun. Von der Vergangenheit ist aber gar nicht die Rede. Die jetzigen Zustände Englands werden mit den jetzigen Chinas verglichen. Ich darf daher die Würdigung dieser Interpretation und die daran geknüpften Vorwürfe wohl getrost den Lesern überlassen.

Herr Bernhardi versucht dann in seiner neuen Broschüre seine Behauptungen über den schädlichen Einfluſs unserer Währungsverhältnisse auf den Diskontosatz in Deutschland aufrecht zu erhalten. Wenn er bestreitet, daſs derselbe jetzt durchschnittlich niedriger ist, als vor der Währungsänderung, so können wir diese Behauptung wieder auf sich beruhen lassen. Wer nicht weifs oder nicht wissen will, daſs in den letzten Jahren an unsern Börsen eine Plethora unbeschäftigten Kapitals besteht, daſs die deutschen Banken Schwierigkeit finden, ihre Fonds in Wechseln anzulegen und daſs ein Sinken des Zinsfuſses eingetreten ist, wie es seit vielen Jahrzehnten nicht dagewesen, mit dem ist zu diskutieren überflüssig. Daſs diese Kapitalfülle die Folge der Währungsänderung sei, habe ich niemals behauptet und daſs gelegentliche Erhöhungen des Diskontos zum Schutz des Goldvorrats der Bank notwendig werden, niemals geläugnet.

Indes Herr Bernhardi bestreitet das Sinken des Diskontosatzes nur bei einer Vergleichung der Perioden vor und nach der Währungsänderung. Im Durchschnitt der Jahre 1863—1875 sei allerdings der Diskonto in Deutschland 8 %, aber in Frankreich 26 %, in England 22 % höher gewesen als von 1875 — 84. Gerade darin besteht seiner Ansicht nach der gröfste Nachteil der deutschen Währungsverhältnisse, daſs infolge derselben sich das Verhältnis des Diskontosatzes in Deutschland zu dem der beiden Nachbarländer verschlechtert hat. Wir hatten darauf hingewiesen, daſs, da in allen drei Staaten im wesentlichen dieselben Währungsverhältnisse bestehen, nämlich Silber nicht geprägt, zu internationalen Zahlungen nur Gold verwendet werden kann und der Wert des Geldes durch die Goldmünzen reguliert wird, die Ursachen der verschiedenen Entwicklung also auch nicht in den Währungsverhältnissen liegen können. Herr Bernhardi behauptet auch in der neuen Schrift das Gegenteil, die Währungsverhältnisse seien nicht gleich. England habe Goldwährung, Frankreich gesetzliche Doppelwährung mit reichem Umlauf, Deutschland hinkende Doppelwährung mit zu knappem Umlauf und darin sehe er die Ursache des verhältnismäſsig hohen Diskontos in Deutschland und des daraus ent-

springenden grofsen Schadens für unsere Gewerbethätigkeit. Also weil England die reine Goldwährung hat, und daher fast ganz des gepriefsenen Vorteils entbehrt „weniger exportables“ Silbergeld zu haben und weil es infolge der Goldwährung angeblich über 40 M. pro Kopf von seinem Barvorrat in 10 Jahren verloren hat, sind die Währungsverhältnisse dort günstiger als bei uns! Sowie England weniger silberne Zeichenmünzen hat als Deutschland, so unterscheiden sich die französischen Münzzustände dadurch von den deutschen, dafs dort mehr vorhanden sind, als bei uns. Das Eine soll ebenso für Frankreich, wie das Andere für England ein gewichtiger Vorteil sein! Doch Herr Bernhardi scheint noch einen andern Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland entdeckt zu haben. Jenes, sagt er, hat „gesetzliche Doppelwährung“, dieses „hinkende Doppelwährung“. Weifs Herr Bernhardi nicht, dafs die Silberprägung in Frankreich durch Gesetz eingestellt ist und dafs gerade zur Bezeichnung des dortigen Zustandes der Ausdruck „hinkende“ Währung erfunden worden ist?

Wir müssen darauf verzichten, Herrn Bernhardi in alle Einzelheiten seiner Entgegnung zu folgen. Er hält in allen Punkten an seiner ersten Schrift fest, nicht einmal die auf den willkürlichsten Annahmen beruhenden Berechnungen, dafs ein Procent Diskontoerhöhung „die deutsche Geschäftswelt“ täglich 270,000 M. koste und dafs Landwirtschaft und Industrie in Deutschland für die gleiche Summe des gesamten zinsbaren Geldverkehrs fortwährend 3 % (!), jährlich 2280 Millionen Frcs. mehr bezahlen mufs, als in den Vereinigten Staaten von Amerika, nimmt er zurück. Die alleinige Basis der monströsen Berechnung, hatte ich gesagt, bildet der Jahresumschlag der Reichsbank, von dem bekanntlich über $\frac{2}{3}$ auf den Giroverkehr kommt (von 73,199 sogar 52,636 Millionen). Er macht mir die gröfsten Vorwürfe, dafs ich nicht mitgeteilt habe, wie er die Summe des Jahresumsatzes sofort halbiert habe. Ich hätte dann noch weiter mitteilen müssen, dafs seiner Ansicht nach $\frac{20}{2 \cdot 8}$ der Summe des Jahresumsatzes der Reichsbank = der Summe ist, welche die deutsche Geschäftswelt beständig zu verzinsen hat. Ich hielt das für überflüssig, weil eine unrichtige Zahl durch ganz willkürliche Division und Multiplikation nicht richtig gestellt wird.

Nur einen Punkt, der Herrn Bernhardi besonders aufgeregt hat, wollen wir noch kurz berühren.

Er glaubt aus den preufsischen Steuereinschätzungen nachweisen zu können, dafs von 1877—1884|85 eine starke Vermehrung der dürftigen, eine Abnahme der kleinen und mittleren Einkommen stattgefunden hat und dafs die grofsen Einkommen von 9600 M. der Zahl nach um 25 %, der Gesamtsumme des eingeschätzten Einkommens nach um 42 % gewachsen sind. Ich habe an der Brauchbarkeit des Materials zu solchen Vergleichungen meinen Zweifel ausgesprochen. Besonders scheint mir die angegebene Zunahme der grofsen Einkommen nicht wahrscheinlich. Weder Grofsgrundbesitzer, noch Grofsindustrielle, noch Kapitalisten haben Zeiten erlebt, in welchen ein so aufserordentlicher Zuwachs ihres Einkommens möglich wäre. Es schien mir genügend in meinem Referat diese drei Kategorien, aus denen sich die grofsen Einkommen zusammensetzen, in

einer Klammer zu erwähnen, um die Unwahrscheinlichkeit der Behauptung anzudeuten. Es sei klar, behauptet Herr Bernhardi, dafs ich das aus Bosheit gethan, um ihn bei den Grofsgrundbesitzern und Grofsindustriellen zu verdächtigen. Da mir der Gedanke völlig fern gelegen hat, so bestätige ich ihm gern, dafs seiner Ansicht nach das Einkommen dieser beiden Klassen in jener Periode eine grofse Einbufse erfahren hat, dafs aber der Einkommenszuwachs der Kapitalisten in den letzten 7—8 Jahren grofs genug gewesen ist um nicht nur diese Einbufse zu decken, sondern auch noch eine Zunahme des Gesamteinkommens der Steuerpflichtigen in den Steuerklassen von 9600 M. aufwärts um 42 % zu bewirken.

Dabei hatte ich denn ferner auf den Widerspruch hingewiesen zwischen der Behauptung, die man sonst so oft von eifrigen Schutzzöllnern, zu denen die Majorität der Dortmunder Handelskammer gehört, vernommen hat, es sei durch die Zollreformen die Lage der arbeitenden Klassen wesentlich verbessert worden und diesen Klagen über einen Rückgang gerade in dem Einkommen der untersten Klassen. Seit 1877, sagte ich, habe sich in den Währungsverhältnissen Deutschlands nicht viel geändert. Ich hatte hinzugefügt, die Suspension der Silberverkäufe, der wichtigste Vorgang in dieser Periode, habe die Billigung der Dortmunder Handelskammer, woraus denn meines Erachtens selbstverständlicher Weise folgte, dafs auf diese Mafsregel von der Handelskammer die traurige Veränderung in der Verteilung des Volkseinkommens nicht zurückgeführt werden könne. In der Zollpolitik aber, fuhr ich fort, sei ein grofser Umschwung eingetreten. Es würde daher näher liegen, die letztere dafür verantwortlich zu machen, wenn eine so so ungünstige Verschiebung der Vermögensverhältnisse wirklich eingetreten wäre. Herr Bernhardi nennt das einen logischen Purzelbaum, der den Neid des Verfassers der Keudelschen Gardinenpredigten erregen müsse. „Also“ ruft er aus „weil die Dortmunder Handelskammer die Suspension der Silberverkäufe billigt, hat sich in unsern Währungsverhältnissen nicht viel geändert!“ Dafs nicht ich, sondern Herr Bernhardi diese alberne Folgerung gezogen hat, brauche ich wohl nicht zu sagen. „Sollte es“, ruft er ferner aus, „wohl einen mit den Grundbegriffen der Währungsfrage einigermafsen Vertrauten zu beiden Seiten des atlantischen Ozeans geben, der die Suspension der deutschen Silberverkäufe für ein währungpolitisches „nicht viel“ hält.“ Es scheint also doch wirklich, dafs Herr Bernhardi auf diese Suspension eine höchst bedenkliche Verschiebung der Einkommensverhältnisse im preufsischen Staat zurückführt. Wenn er dagegen mir vorwirft, dafs ich dafür die Bismarcksche Zollpolitik verantwortlich mache, so ist das eine Unwahrheit, denn ich bestreite ja die von ihm behauptete schlimme Veränderung in der Verteilung des Volkseinkommens.

Doch ich habe die Geduld der Leser wohl schon zu viel in Anspruch genommen und ich schliefse deshalb mit der Mitteilung, dafs die Dortmunder Handelskammer von der Replik ihres Sekretärs Kenntnis genommen und zur Tagesordnung übergegangen ist mit dem Ausdrucke lebhaften Bedauerns, dafs aus einem akademischen Kreise statt einer sachlichen Kritik ein so unsachlicher mafs- und formloser Angriff ausgehen konnte.